

Demokratische Energiewende?

Wenngleich ein Großteil der Bevölkerung die Energiewende befürwortet, wird vor Ort immer wieder gegen geplante Windparks oder Stromtrassen protestiert. Dieser Protest zeigt, wie wichtig es ist, die Menschen frühzeitig über ihre Beteiligungsmöglichkeiten bei den Planungsverfahren zu informieren. Somit ist die Energiewende vielmehr als der Weg zu sauberer Energie – sie ist auch eine Prüfung unserer demokratischen Kultur.

Saubere Energie? Ja, bitte! Der Ausstieg aus der Kohle- und Atomkraft? Na, selbstverständlich! Windparks, die klimafreundlichen Strom erzeugen, oder Trassen, die diesen von Nord nach Süd schaffen? Bitte nicht in meiner Region!

In der Diskussion um die Energiewende prallen Wunsch und Wirklichkeit immer wieder aufeinander. Denn Bürgerinnen und Bürger sind – gerade, wenn es um den Ausbau der energiewirtschaftlichen Infrastruktur geht – unterschiedlich stark davon betroffen. Und sie möchten sich in die Planungen, die ihr direktes Lebensumfeld betreffen, einbringen. Ihnen bietet der Bürgerdialog Stromnetz seit rund vier Jahren eine Plattform. Indem er alle Akteure mit an einen Tisch holt, schafft er Verständigung zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Bürgerinitiativen, Expertinnen und Experten, Vorhabenträgern, Genehmigungsbehörden, Verbänden sowie politisch Verantwortlichen. Immer wieder ist im Rahmen dieser Prozesse deutlich geworden, dass es vor allem dort Vorbehalte gegen Infrastrukturprojekte gibt, wo sich die Menschen unzureichend informiert oder mit ihren Sorgen allein gelassen fühlen.

Gesamtgesellschaftliche Prozesse, die wie die Energiewende zu sichtbaren Veränderungen vor Ort führen, laufen selten konfliktfrei ab. Aber nicht immer richtet sich der Protest nur gegen das konkrete Vorhaben, sondern dreht sich auch um die Grundsatzfrage, wie Entscheidungen über die Zukunft von Städten, Gemeinden und Regionen zustande kommen. Darüber hinaus gibt es beim Thema Energiewende eine Debatte über die Gerechtigkeit, zum Beispiel wenn in manchen Regionen überproportional viele Stromleitungen geplant werden, ohne dass diese den Menschen vor Ort auf den ersten Blick direkt nutzen.

Informations- und Partizipationsmöglichkeiten schaffen

Damit solche Infrastrukturvorhaben erfolgreich durchgeführt werden können, müssen Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig in die Planungsüberlegungen integriert werden. Das beginnt damit, dass man ihnen zuhört und ihre Befürchtungen, Sorgen und Anliegen ernst nimmt. Zugleich darf man sie nicht mit der Komplexität der verschiedenen Zusammenhänge und Hintergründe alleinlassen. Bürgerbeteiligung setzt ein Verständnis für die Positionen und Interessen anderer Akteure voraus. Um dieses zu vermitteln, braucht es eine Plattform, auf der sich alle Beteiligten austauschen können. Nur so kann es gelingen, der Energiewende als gesamtgesellschaftlicher Aufgabe auch vor Ort Legitimität zu verleihen.

In einer Zeit, in der sich ein Teil der Bevölkerung nicht mehr von Parteien oder von zivilgesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften, Vereinen und Kirchen vertreten fühlt, in der Fake News zahlreiche Debatten beherrschen und in der gleichzeitig das Teilhabebedürfnis steigt, sind sachliche Information und Partizipationsmöglichkeiten unverzichtbare Instrumente für die Stärkung der Demokratie. Unsere Demokratie braucht das Engagement von Menschen, den konstruktiven Austausch von Meinungen und das Vertrauen in transparente und legitime Entscheidungsprozesse.

Demokratische Energiewende? Ein Kommentar



Deshalb ist es auch wichtig, die konkreten Handlungs- und Gestaltungsspielräume von vorneherein deutlich zu machen. Zudem muss transparent kommuniziert werden, in welcher Form die Anregungen der Engagierten in die weitere Vorhabenplanung einfließen oder sogar zu neuen Lösungsansätzen führen. Fühlen sich Bürgerinnen und Bürger hinreichend informiert, können sie durch ihre frühe Öffentlichkeitsbeteiligung qualitativ bessere und von einem Großteil der Gesellschaft anerkannte Entscheidungen erwirken – beispielsweise über den Trassenverlauf. Dadurch gewinnen die konkreten Vorhaben ebenso wie demokratische Prozesse im Allgemeinen an Glaubwürdigkeit.

Die Energiewende ist deshalb auch ein gesamtgesellschaftlicher Lernprozess. Sie bietet eine Chance, die kollektive Gestaltungskraft zu aktivieren und gleichzeitig dem Partizipationsbedürfnis der Menschen Rechnung zu tragen. Der Bürgerdialog Stromnetz versteht sich an dieser Stelle als Mittler, die unterschiedlichen Prozesse anzustoßen und zu begleiten. So wird der Weg hin zu sauberer Energie auch ein Weg für mehr Demokratie und Teilhabe.

Was ist der Bürgerdialog Stromnetz?

Der Bürgerdialog Stromnetz ist eine Initiative für den offenen und transparenten Austausch zwischen allen Beteiligten rund um den Ausbau des Stromnetzes in Deutschland. Dazu stellt der Bürgerdialog Stromnetz grundlegende Informationen bereit und beantwortet Fragen zum Netzausbau. Darüber hinaus zeigt er Bürgerinnen und Bürgern, welche Beteiligungsmöglichkeiten es in den unterschiedlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren gibt. Mit bundesweit zehn Bürgerbüros vor Ort, einem mobilen Bürgerbüro sowie verschiedenen Veranstaltungsformaten nimmt der Bürgerdialog Stromnetz die Diskussionen in den Regionen auf. Ergänzend dazu gibt es die Webseite www.buergerdialog-stromnetz.de, verschiedene Online-Dialog-Formate, ein zentrales Bürgertelefon und den Twitter-Kanal @stromnetzdialog. Gefördert wird der Bürgerdialog Stromnetz vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Für Fragen wenden Sie sich bitte an:

Mikiya Heise
Projektbüro Bürgerdialog Stromnetz
Schlesische Straße 26
10997 Berlin
www.buergerdialog-stromnetz.de

Tel.: 030 - 030 609 871 670
Fax: 030 - 030 609 871 679
E-Mail: presse@buergerdialog-stromnetz.de
Twitter: @stromnetzdialog